

Bericht aus Forum 8

Welche Aufgaben hat Deutschland in Europa und in der Welt?

Wie bereits Bundeskanzlerin Merkel am Vormittag ausführte, hat sich die Welt gerade im Bereich der Außenpolitik besonders stark seit dem letzten CDU-Grundsatzprogramm im Jahr 1994 verändert. Daher war der Raum bis auf den letzten Platz gefüllt, als der Moderator Professor Wolfgang Stock die Referenten aus Politik, Wissenschaft und Publizistik vorstellte.

Verteidigungsminister Franz-Josef Jung beschrieb in einer „tour d’horizon“ die wichtigsten Auslandseinsätze der Bundeswehr vom Balkan über Afghanistan, Kongo und künftig vor der Küste Libanons. Noch in diesem Jahr werde die Bundesregierung in einem Weißbuch die Wertevorstellungen und die deutschen Interessen verdeutlichen, die den Bundeswehreinsetzungen zugrunde liegen. Da sich innere und äußere Sicherheit immer weniger trennen ließen, strebe er eine Klarstellung von Bundeswehreinsetzungen im Inneren an.

Die ehemalige Bundesministerin Claudia Nolte, heute Leiterin des Büros der Konrad-Adenauer-Stiftung in Serbien, stellte die Rolle der Konfliktprävention und nachhaltiger Sicherheit im Bereich der Außenpolitik heraus. Auf dem Balkan sei die Perspektive auf EU-Vollmitgliedschaft unabdingbar, um auf Dauer den politischen Willen für schmerzliche Anpassungsprozesse zu schaffen. Nolte stellte die Frage, ob außerhalb Europas die Vereinten Nationen diese Katalysefunktion wahrnehmen könnten. Deutsche Außenpolitik müsse durch Verlässlichkeit, das Eintreten für Menschenrechte und eine aktive Entwicklungspolitik überzeugen.

Der Publizist Professor Stürmer verwies auf den Zusammenhang zwischen dem Konflikt im Libanon und der Auseinandersetzung der Weltgemeinschaft mit dem Iran über dessen Atomprogramm. Dies sei ein Konflikt der Weltklasse und wir befänden uns in einem entscheidenden Zeitraum („defining moment“). Stürmer bedauerte, dass die NATO mit ihrer neuen Rapid Reaction Force keine Rolle im Libanon übernehme.

Der Vorsitzende des außenpolitischen „Think Tanks“ der Stiftung Wissenschaft und Politik, Professor Volker Perthes, bezeichnete die transatlantischen Beziehungen als in jeder Hinsicht unverzichtbar. Weder blinde Gefolgschaft noch Gegengewichtsbildung wären für Europa gegenüber den USA zielführend. Stattdessen plädierte er für das Ergreifen eigener europäischer Initiativen mit dem Ziel, eine gemeinsame transatlantische Initiative zu schaffen. Ein gelungenes Beispiel hierfür sei die Iran-Initiative der EU-3.

Der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses im Europäischen Parlament, Elmar Brok, forderte die Bündelung des außenpolitischen, wirtschaftlichen und militärischen Potentials der Europäischen Union, da sonst Europa seine Interessen nicht in der Welt wahrnehmen könne - weder in der transatlantischen Partnerschaft noch in der UNO. Ohne einen erfolgreichen Abschluss des europäischen Verfassungsprozesses drohe eine Rückentwicklung der Europäischen Union zu einer zweiten OSZE. Auch künftig müsse die CDU die deutsche Europapartei bleiben.

Der Direktor der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP), Professor Eberhard Sandschneider, forderte eine Fortentwicklung des Völkerrechts insbesondere zum Schutz der Menschenrechte. Die NATO-Intervention im Kosovo sei ein Beispiel für einen solchen Militäreinsatz für Menschenrechte. Im Hinblick auf die asiatische Herausforderung plädierte Sandschneider für eine klare Beachtung der Menschenrechte auch in der tagtäglichen Praxis der Außenpolitik, da sonst die Glaubwürdigkeit des Westens verloren ginge.

In den letzten 20 Minuten diskutierte das Panel mit den Teilnehmern aus einem LIVE-Blog vor allem über den Nahostkonflikt, die Energiesicherheit, Lateinamerika und das Spannungsverhältnis zwischen den Werten einerseits und den jeweiligen nationalen Interessen andererseits. Insbesondere wurde der Hinweis aufgenommen, Fragen, die über die europäische Integration und die transatlantische Partnerschaft hinausgingen, in der Grundsatzprogramm-Diskussion nicht zu vernachlässigen.